



Wenn wir Waren aus Entwicklungsländern importieren, bedeutet das Arbeit und Einkommen für die Menschen dort.

Voraussetzung ist, dass Menschenrechte, Arbeitsschutz- und Gesundheitsstandards eingehalten werden. Dafür setzen wir uns im internationalen Abkommen ein, nehmen aber auch die Unternehmen in die Pflicht. Dafür wurde das sogenannte Lieferkettengesetz erlassen. Darüber hinaus ist wichtig, dass auch ein fairer Anteil des Produktpreises bei den Arbeitern ankommt. Dazu sind z. B. entsprechende Gütesiegel (fair trade) auf Produkten hilfreich.



Wir nehmen die Wirtschaft in die Pflicht im Kampf gegen Ausbeutung, Kinderarbeit und Hungerlöhne.

Mit dem Lieferkettengesetz haben wir einen historischen Schritt eingeleitet: Unternehmen aus Deutschland müssen prüfen, ob entlang ihrer Wertschöpfungsketten gegen Menschenrechte verstoßen wird. Sie müssen Missstände abstellen und Vorsorge treffen für menschenwürdige Arbeitsbedingungen. Wer gegen die Sorgfaltspflicht verstößt, muss mit hohen Bußgeldern rechnen. Wir sorgen dafür, dass Deutschlands Unternehmen Verantwortung übernehmen.

SORRY

BUSY

BUSY



U18.ORG



Wir setzen uns für ein starkes Lieferkettengesetz mit verbindlichen Sorgfaltspflichten für Unternehmen entlang der gesamten Wertschöpfungskette ein.

Ein verbindlicher Rahmen für Menschenrechte und Umweltschutz schafft faire Wettbewerbsbedingungen und Rechtssicherheit. Unternehmen müssen Risikoanalysen durchführen und z.B. bei Kinderarbeit Abhilfemaßnahmen ergreifen. Wenn deren Herstellung mit schweren Menschenrechtsverletzungen wie z.B. Kinder- oder Zwangsarbeit in Zusammenhang stehen, soll der Zugang zum EU-Binnenmarkt verwehrt werden.

Wie können Lieferketten gestaltet werden, dass Produktion und Konsum nicht auf Kosten der Menschen in anderen Länder gehen?



Wir wollen Kooperations- statt Freihandelsabkommen. Wir wollen in Wirtschaftsabkommen regeln, dass nur solche Güter importiert werden, die unter guten Arbeitsbedingungen und ohne Raubbau an den natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen entstanden sind.

Die Europäischen Wirtschaftspartnerschaftsabkommen derzeit zementieren die Abhängigkeit der ärmeren Länder und machen sie zu bloßen Rohstofflieferanten. Gleichzeitig werden ihre Märkte mit billigen Agrarprodukten geflutet, so dass viele Bauern und Fischer ihre Existenzgrundlage verlieren.



Wir Freie Demokraten wollen die menschenrechtliche Sorgfaltspflicht in Unternehmen fördern und treten für eine einheitliche europäische Regelung in der Lieferkette ein.

Wir sind überzeugt, dass nur gemeinsame europäische Standards dem Binnenmarkt gerecht werden und zu einer positiven und nachhaltigen Wertschöpfungskette beitragen.

Viele deutsche und europäische Unternehmen leisten bereits jetzt einen wichtigen Beitrag zur schrittweisen Verbesserung der Lebensbedingungen sowie der menschenrechtlichen und sozialen Lage in Entwicklungsländern.



Indem der Gesetzgeber den Verbraucherschutz konsequent umsetzt und den Konsumenten ermöglicht, sich über die Herstellungsbedingungen aller Produkte umfassend zu informieren. Im Umkehrschluss bedeutet das aber auch, dass Konsumenten bereit sein müssen, höhere Preise zu bezahlen.

Es ist nicht möglich, für bessere Arbeitsbedingungen in anderen Ländern zu protestieren, dann aber z.B. besonders günstige Kleidung zu kaufen. Die Konsumenten wählen mit ihren Kaufentscheidungen auch immer ein wenig mit, wie Menschen in anderen Ländern behandelt werden.

U18.ORG



UX18